

NACHRICHTEN

Landesbeitrag an ÖBB für den Liechtenstein-Takt beantragt

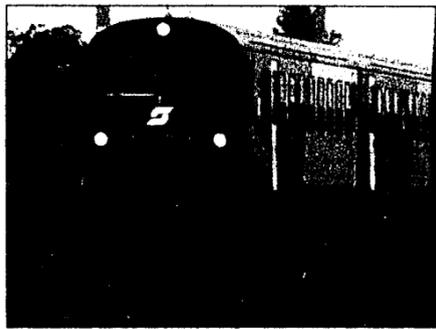
VADUZ – Die Regierung hat einen Bericht und Antrag betreffend die Gewährung eines Landesbeitrages für die Jahre 2006 und 2007 an den Betrieb des «Liechtenstein-Taktes» bei den ÖBB zuhanden des Landtags verabschiedet. Wie Regierungschef Otmar Hasler gestern am Mediengespräch sagte, macht dies für beide Jahre jeweils rund 160 000 Euro aus. Das Land Vorarlberg hat seinen Beitrag zum Liechtenstein-Takt bereits bewilligt.

Täglich 200 – 250 Personen

Der «Liechtenstein-Takt» stellt eine durch das Land Vorarlberg und das Fürstentum Liechtenstein gemeinsam bestellte Verkehrsleistung der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) dar. Seit der Einführung des Angebots im Jahr 2000 hat sich die Fahrgastzahl auf einem Niveau von täglich 200 - 250 Personen eingependelt.

S-Bahn-Bericht kommt 2006

Mit der Weiterführung des «Liechtenstein-Taktes» verfolgt die Regierung das Ziel, das bestehende Angebot mit dem Fokus auf die Arbeitspendler aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig werden weitere Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung im Bereich des grenzüberschreitenden Pendlerverkehrs ausgearbeitet. So befindet sich eine Machbarkeitsanalyse zu einer grenzüberschreitenden regionalen S-Bahn in Arbeit, die im Jahr 2006 Entwicklungsperspektiven für die Eisenbahn als Personennahverkehrsmittel in der Region aufzeigen wird. Die weitere Finanzierung des «Liechtenstein-Taktes» nach dem Jahr 2007 wird dann neu zu beurteilen sein. (paf/MP)



Unterstützung: «Liechtenstein-Takt» der ÖBB.

Fingerabdrücke und DNA-Profile: Zusammenarbeit mit der Schweiz

VADUZ – Die Regierung unterbreitet dem Landtag den Bericht und Antrag betreffend den Vertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile sowie die Schaffung eines Gesetzes zur Durchführung dieses Vertrages. Der Vertrag wurde am 15. Dezember 2004 in Vaduz unterzeichnet und soll im Frühjahr 2006 in Kraft treten.

Seit 2001 an Projekt beteiligt

Im Rahmen ihrer traditionell engen Beziehungen arbeiten Liechtenstein und die Schweiz auch im Bereich der Polizeiarbeit vertieft zusammen. Diese Zusammenarbeit stützt sich auf das trilaterale Polizeikooperationsabkommen zwischen Liechtenstein, Österreich und der Schweiz aus dem Jahr 1999. Liechtenstein ist kurz nach der Aufnahme des Probebetriebs des DNA-Profil-Informationssystems in der Schweiz seit dem Jahr 2001 an diesem Projekt beteiligt. In dieser Datenbank werden DNA-Profile abgespeichert und Abgleiche vorgenommen, insbesondere von verdächtigten und verurteilten Personen sowie Spuren. Der Betrieb des DNA-Informationssystems hat sich bewährt und wurde in der Schweiz mit dem Inkrafttreten des DNA-Profil-Gesetzes am 1. Januar 2005 auf eine neue gesetzliche Basis gestellt und in den regulären Betrieb übergeführt. Mit dem vorliegenden Staatsvertrag wird sichergestellt, dass Liechtenstein und die Schweiz die bewährte Zusammenarbeit weiterführen können und Liechtenstein weiterhin am DNA-Informationssystem teilnehmen kann. Gleichzeitig präzisiert der Vertrag die bestehende Zusammenarbeit im Bereich des automatisierten Fingerabdruck-Identifikationssystems. (paf)

Für neue Steueraufteilung

Vernehmlassung zur Anhebung des Landesanteils an Kapital- und Ertragssteuer

VADUZ – Immer mehr finanzielle Verpflichtungen für das Land und dennoch immer mehr Geld für die Gemeinden: Die Regierung ist deshalb der Ansicht, dass bei der Steueraufteilung der Kapital- und Ertragssteuer der Landesanteil von derzeit 42,5 auf 50 Prozent angehoben werden soll.

• Martin Frommelt

Wie Regierungschef Otmar Hasler gestern vor den Medien erklärte, hat die Regierung einen entsprechenden Entwurf zur Abänderung des Steuergesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes bis 26. Februar 2006 in die Vernehmlassung geschickt.

Kürzlich hat der Landtag im Rahmen der Entflechtung der Aufgaben von Staat und Gemeinden klar festgelegt, für was künftig der Staat und für was die Gemeinden aufkommen sollen. Diese Entflechtung war nach Aussage von Regierungschef Hasler der erste Schritt. In einem zweiten Teil müsse man nun das Finanzausgleichssystem zwischen Staat und Gemeinden anschauen. Ziel ist es, zu einem «bedarfsgerechten Finanzausgleich» zu kommen, so Otmar Hasler.

Staat zahlt 7 Mio. Franken mehr

Durch die Verlagerungen im Rahmen des Entflechtungsprojektes fallen für das Land Mehraufwendungen von rund 7 Mio. an. Demgegenüber müsste der Staat durch den



«Mehr als gerechtfertigt»: Regierungschef Otmar Hasler zum Vorschlag.

zunehmenden Vorschlag künftig rund 11 Mio. Franken weniger Ausgaben an die Gemeinden ausschütten.

«Mehr als gerechtfertigt»

Da das neue Finanzausgleichsregime nach Ansicht des Regierungschefs «sicherlich einige Zeit in Anspruch nehmen» wird, sollen auch kurzfristige Korrekturen vorgenommen werden, um wieder zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zu kommen. Eine solche Massnahme ist die nun von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Landesanteils an der Kapital- und Ertragssteuer. Heute haben die Gemeinden 57,5 Prozent und das Land 42,5 Prozent. Durch den Vorschlag der Regierung soll der Netto-Anteil des

Landes auf 50 Prozent angehoben werden. Wie der Regierungschef sagte, erscheint diese Anhebung der Regierung «völlig gerechtfertigt», da das Land in den letzten Jahren erheblich in die Erhaltung gesunder Rahmenbedingungen investiert und dazu auch bedeutende Ressourcen im Bereich der Finanzplatzregulierung und -aufsicht aufgebaut hat. Diese Aufwendungen stehen jedoch nach Ansicht der Regierung in keinem Verhältnis zu den Ausgaben, welche die Gemeinden zur Ansiedlung von Unternehmen tätigen.

Vorschlag der Regierung

Die Regierung schlägt deshalb zwei Gesetzesänderungen vor, welche zu einem Netto-Anteil des Lan-

des an den Kapital- und Ertragssteuererträgen von 50 Prozent führen sollen. Einerseits soll der Direktzuweisungssatz an die Standortgemeinden durch eine Änderung des Steuergesetzes auf 40 Prozent festgelegt werden. Andererseits soll als Teilkompensation dieser Massnahme der Anteil der Kapital- und Ertragssteuer in der Bemessungsbasis des Finanzausgleichs angehoben werden, sodass eine hälftige Aufteilung resultiert. Diese vorgeschlagene Variante hätte laut Regierung lediglich Auswirkungen auf die drei finanzstarken Gemeinden.

HINTERGRUND

Die Kapital- und Ertragssteuer

VADUZ – Nach der Mehrwertsteuer stellt die Kapital- und Ertragssteuer der im Land tätigen Unternehmen die zweitgrösste Einnahmequelle des Landeshaushaltes dar. 50 Prozent dieser Steuereinnahmen fliessen an die Gemeinde, in welcher die Unternehmung ihren Sitz hat. Weitere 50 Prozent werden der Bemessungsbasis für die Berechnung des Finanzausgleichsvolumens zugeschrieben. Bei dem aktuellen Finanzausgleichssatz von 15 Prozent gehen somit weitere 7,5 Prozent an die im Finanzausgleich berücksichtigten Gemeinden. Damit verbleiben dem Land Netto-Einnahmen von 42,5 Prozent. (paf)

Endlich Sanierung

Teilweise Sperrung der Bahnübergänge

VADUZ – Die ÖBB-Bahnübergänge in Schaan und Nendeln sind seit längerem in einem schlechten Zustand. Die notwendigen Sanierungsarbeiten werden von den Österreichischen Bundesbahnen nun im Verlauf der kommenden zwei Wochenenden durchgeführt.

Nebst der Stabilisierung und Verbesserung des Gleiskörpers werden auch die Strassenbeläge und Übergänge wieder instand gestellt. Diese Arbeiten werden grösstenteils während der Nacht durchgeführt, da tagsüber jeweils der Bahnverkehr abgewickelt werden muss.

Die Bahnübergänge Rheinstrasse zwischen Nendeln und Eschen und der Bahnübergang Zollstrasse auf der Landstrasse zwischen Schaan und Buchs bleiben aus diesem Grund vom Sonntag, 20. November, bis zum Dienstag, 22. November, um zirka 12 Uhr, für jeglichen Verkehr gesperrt. In der Nacht vom Samstag, 19. November, auf Sonntag, 20. November, werden vorab die Bahnübergänge Gapetsch in Schaan und Säga in Nendeln saniert. Die Sanierung des Bahnübergan-

ges Bretscha, welcher die aufwändigsten baulichen Massnahmen erfordert, erfolgt am darauf folgenden Wochenende vom Samstag, 26. November, bis Dienstag, 29. November, um zirka 8 Uhr. Die jeweiligen Strassenverbindungen müssen für diese Zeit für jeglichen Verkehr gesperrt werden – entsprechende Umleitungen sind vor Ort signalisiert. Die ÖBB ist bemüht, die Arbeiten so schnell wie möglich durchzuführen und bittet sämtliche Verkehrsteilnehmer um Verständnis. (paf)

DIE SPERRUNGEN

Wo und wann?

«Kreuz» Schaan und «Säga» Nendeln: Samstag, 19. November, ab 19 Uhr, bis Sonntag 20. November, 8 Uhr.

«Rheinstrasse» Nendeln und «Zollstrasse» Schaan: Sonntag, 20. November, ab 17 Uhr, bis Dienstag, 22. November, 12 Uhr.
«Bretscha» Schaan: Samstag, 26. November, ab 18 Uhr, bis Dienstag, 29. November, 8 Uhr.



Endlich Sanierung: Einer der Bahnübergänge (Zollstrasse in Schaan).



Heute Strassburg, am Montag Brüssel: Aussenministerin Rita Kieber-Beck.

FL-Vorsitz in Brüssel

Wichtige Missionen der Aussenministerin

VADUZ – Aussenministerin Rita Kieber-Beck ist gestern nach Strassburg gereist, um an der 115. Ministersession des Europarates in Strassburg teilzunehmen. Am Montag steht Brüssel auf der Agenda.

• Martin Frommelt

Zentrales Thema heute in Strassburg werden die bisherigen Folgearbeiten aufgrund der Beschlüsse des Dritten Gipfeltreffens des Europarates im Mai 2005 in Warschau sein. Im Mittelpunkt der Debatten werden insbesondere folgende Themen stehen: Konsolidierung des Schutzsystems für Menschenrechte, Stärkung der Förderung der Demokratie, Schaffung eines menschlicheren Europas, Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Auf Einladung des Generalsekretärs des Europarates, Terry Davis, fand gestern Abend ein informelles Ministertreffen statt, zu dem auch der luxemburgische Premierminister

Jean-Claude eingeladen war. Bei diesem Zusammentreffen stand die Diskussion über die Beziehungen zwischen dem Europarat und der EU im Vordergrund.

Vorsitz des EWR

Am Montag wird Rita Kieber-Beck nach Brüssel reisen, um Liechtenstein, welches zurzeit den Vorsitz im EWR inne hat, am EWR-Ministertreffen zu vertreten. Rita Kieber-Beck zum Inhalt dieses Treffens: «Während des politischen Dialoges werden die Terrorismusbekämpfung, die OSZE und der Ausbau von Kapazitäten in Afrika diskutiert. Thema des eigentlichen EWR-Ministerrates wird das Funktionieren des erweiterten EWR-Abkommens sein, jedoch soll auch ein Blick in die Zukunft gewagt und allfällige anstehende Probleme thematisiert werden. Weiters ist geplant, Herausforderungen rund um die WTO, und folglich die kommende Ministerkonferenz in Hongkong im Dezember, zu besprechen.»